



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Margit Wild, Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Klaus Adelt, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Weitere Corona-Strategie: Impfungen vorantreiben – Gesellschaftliches Leben ermöglichen – Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt stellen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die in Aussicht gestellten Lockerungen im Interesse der Menschen. Allerdings ist zu spezifizieren sowie nachvollziehbar und transparent darzustellen, welche Maßnahmen konkret greifen, wenn die vom Kabinett beschlossene Krankenhausampel auf „gelb“ oder gar „rot“ springt, damit die Bürgerinnen und Bürger wissen, was im Einzelnen auf sie zukommt.

Wesentliche Voraussetzung für ein annähernd „normales“ gesellschaftliches Leben bei gleichzeitiger Wahrung des Gesundheitsschutzes ist ferner eine weitere Steigerung der Impfquote in Bayern. Diese erscheint umso dringender, da der Freistaat aktuell im Bundesländervergleich nur im hinteren Mittelfeld (Platz 12, Stand: 31. August 2021) liegt, was die Quote der vollständig Geimpften anbelangt.

Ein besonderes Augenmerk hat die Staatsregierung in den kommenden Monaten zudem darauf zu legen, einen sicheren und verlässlichen Regelbetrieb in Kindertagesstätten und Schulen zu gewährleisten. Lern- und Entwicklungsrückstände sowie coronabedingte Ungleichheiten sind dabei durch gezielte Förder- und Unterstützungsangebote zu reduzieren, besonders belastete Kinder und Jugendliche müssen verstärkt begleitet werden.

Im Einzelnen wird die Staatsregierung deshalb vor allem aufgefordert,

1. Impfungen weiter voranzutreiben, um ein sicheres gesellschaftliches Leben zu ermöglichen.

Dem Landtag ist daher zu berichten, warum die von Ministerpräsident Dr. Markus Söder bereits Mitte Juli angekündigten niedrighwelligen Impfangebote noch immer nicht den gewünschten Erfolg erzielt haben und wie die Staatsregierung hier konkret nachsteuern will.

Bei einer dringend notwendigen Impfoffensive sind, wie bereits mehrfach gefordert, insbesondere folgende Punkte verstärkt in den Blick zu nehmen:

- a) Sonderimpfkampagne für junge Menschen in Schulen, Ausbildungsbetrieben, Jugendeinrichtungen und Hochschulen,
- b) Ausweitung der Impfangebote ohne Termin an zentralen öffentlichen Plätzen, beispielsweise in Supermärkten, Fußgängerzonen,
- c) weiteres Forcieren von Impfungen am Arbeitsplatz,
- d) Kooperationen mit einem breiten Bündnis an zivilgesellschaftlichen Partnern, Jobcentern, Tafeln, Kirchen etc. sowie

- e) begleitende Info-Kampagnen für alle genannten Punkte, auch mehrsprachig, digital und in einfacher Sprache.

Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass die Mitte August begonnenen Auffrischungsimpfungen für besonders gefährdete Personengruppen wie zum Beispiel ältere Menschen oder Pflegebedürftige unkompliziert bereitstehen, damit sich jede und jeder, die oder der dieses Angebot wahrnehmen möchte, niedrigschwellig impfen lassen kann.

2. Kitas und Schulen verlässlich zu unterstützen.

Über das gesamte Kita- und Schuljahr hinweg ist verlässlich für die nötigen Sicherheitsvorkehrungen zu sorgen, damit in den genannten Bildungseinrichtungen wie angekündigt Präsenzbetrieb stattfinden kann. Zu den hierfür notwendigen Maßnahmen zählen allen voran:

- a) eine Impfoffensive für Beschäftigte, Eltern sowie junge Menschen ab zwölf Jahren,
- b) weiterhin regelmäßige Testungen,
- c) eine flächendeckende Förderung von Raumluftfilteranlagen sowie
- d) jederzeit klare und verständliche Vorgaben und Informationen für alle Beteiligten.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, die organisatorischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass in den kommenden Monaten verstärkt die individuelle Förderung der Kinder und Jugendlichen im Mittelpunkt steht und verlässliche (mittel- und langfristige) Unterstützungs- und Förderangebote mit ausreichendem Personal bereitgestellt werden. Für die Schulen bedeutet dies bspw.:

- a) die Schaffung kleiner Lerngruppe,;
- b) unterrichtsbegleitende Fördermaßnahmen,
- c) die intensive Vermittlung von Lernstrategien sowie
- d) die Ermöglichung kultureller und sportlicher Aktivitäten und von Gemeinschaftserlebnissen im Rahmen von Schullandheimaufenthalten oder Klassenfahrten.

Verstärkt in den Blick zu nehmen sind ferner besonders belastete Gruppen von Kindern und Jugendlichen, die schwer an den Begleiterscheinungen der Pandemie zu tragen haben. Hierfür ist zügig professionelle Hilfe bzw. das erforderliche Personal bereitzustellen, das die Kita- und Lehrkräfte ggf. zusätzlich unterstützen kann.

3. Zur weiteren Aufarbeitung und Abfederung der sozialen, psychischen und ökonomischen Folgen der Coronapandemie ist dem Landtag zu all diesen Bereichen umfassend zu berichten. Im Mittelpunkt sollen dabei die Folgen für Kinder und Jugendliche sowie weitere psychisch und physisch besonders verwundbare Personengruppen wie bspw. von Gewalt betroffene oder bedrohte Frauen, Menschen mit Behinderung, Pflegebedürftige und Menschen mit psychischen Erkrankungen stehen, zudem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Soloselbstständige, kleine und mittlere Betriebe sowie Menschen mit geringem Einkommen bzw. niedrigen finanziellen Ressourcen.